

# Akademisierung der Gerichtsvollzieher- ausbildung – zukunftsfähige Qualifizie- rung für den gehobenen Gerichtsvollzieherdienst

Beschluss  
der CDU-Fraktion Berlin  
5. Juli 2025

# **Akademisierung der Gerichtsvollzieherausbildung – zukunftsfähige Qualifizierung für den gehobenen Gerichtsvollzieherdienst**

## **1. Ausgangslage und Zielsetzung**

Das Gerichtsvollzieherwesen steht vor einem tiefgreifenden Wandel. Die Anforderungen an die Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher und ihre Profession haben sich in den letzten Jahrzehnten erheblich erweitert – sowohl in rechtlicher, technischer als auch in sozial-kommunikativer Hinsicht.

Die bisherige Ausbildung folgt dabei einem Modell aus den 1950er Jahren, das ursprünglich als Einstieg in die Sonderlaufbahn des mittleren Justizdienstes auf erfahrene Mitarbeitende zugeschnitten war. Aufgrund von Nachwuchsmangel wurde das Bewerberfeld stark erweitert und die Zugangsvoraussetzungen abgesenkt. Nach mehreren Jahrzehnten, in denen dieses Modell gut ausgebildete Gerichtsvollzieher für Berlin hervorgebracht hat, kann es gegenüber den neuen Herausforderungen nicht mehr bestehen.

Die schon jetzt wachsende Aufgabenfülle und Komplexität des Gerichtsvollzieherwesens wird zukünftig durch die stetigen Modernisierungen des Prozessrechts und weitere Aufgabenübertragungen steigen. Währenddessen schreitet die demografische Entwicklung voran: Es ist zu erwarten, dass bis 2025 circa 30 % der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher in den Ruhestand treten werden.

Ohne das Eingreifen des Gesetzgebers ist eine weiter sinkende Qualität der Zwangsvollstreckung mit damit einhergehender, längerer Verfahrensdauer zu befürchten.

Die CDU-Fraktion setzt sich daher für eine grundlegende Reform der Ausbildung ein: Ziel ist die Schaffung eines anwendungsbezogenen, wissenschaftlich fundierten Bachelorstudiengangs für den gehobenen Gerichtsvollzieherdienst. Gleichzeitig soll die Attraktivität der Justiz durch ein weiteres eigenes Berufsbild mit europaweit anerkanntem Abschluss gesteigert werden.

## 2. Konzeptionelle Eckpunkte

Die CDU-Fraktion forciert die Entwicklung einer ganzheitlichen und integrierten Strategie und gesetzlichen Grundlagen zur Transformation der bisherigen dualen Ausbildung hin zu einem akademischen Studienmodell. Die Modernisierung soll nach folgenden Merkmalen erfolgen:

- **Studiengangsentwicklung:** Wir bereiten die Errichtung eines grundständigen Studienfaches „Bachelor of Laws – Gerichtsvollzug“ in Kooperation mit der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin vor. Der Studiengang soll akkreditiert und praxisnah ausgestaltet sein. Eine diesbezügliche Machbarkeitsstudie der HWR liegt bereits vor.
- **Curriculare Inhalte:** Im Mittelpunkt der Lehrinhalte werden die Vermittlung fundierter Kenntnisse in Zivilprozessrecht, Zwangsvollstreckungsrecht, Ethik, Kommunikation, Konfliktmanagement, Digitalisierung in der Justiz, Datenschutz, Insolvenzrecht, Mediation und interkultureller Kommunikation stehen.
- **Praxisintegration:** Uns ist die enge Verzahnung von Theorie und Praxis durch Kooperationen mit Justizbehörden, insbesondere den Oberlandesgerichten und Gerichtsvollzieherstellen wichtig.
- **Digitalisierung:** Systematische Vermittlung digitaler Kompetenzen zur Bewältigung moderner Vollstreckungsverfahren und IT-gestützter Arbeitsprozesse sind Kernbestandteil einer zukunftsorientierten Ausbildung von Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher.
- **Berufsethik und soziale Kompetenz:** Eine ganzheitliche akademische Ausbildung verlangt die Stärkung der Persönlichkeitsbildung und Reflexionsfähigkeit zur verantwortungsvollen Ausübung des Amtes. Dafür müssen wir über die klassischen Ausbildungsbereiche hinausgehende Fähigkeiten trainieren. Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher sollen die notwendige Sensibilität für gesellschaftliche Entwicklungen und individuelle Schicksale mitbringen.

## 3. Übergangsregelungen und Aufstiegsmöglichkeiten

Nicht nur der demografische Wandel und personalpolitische Erwägungen erfordern die Berücksichtigung bereits berufstätiger Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher. Wir sehen das Potenzial der erfahrenen und gut aus- und weitergebildeten Kolleginnen

und Kollegen. Wir möchten ihr Engagement und ihre Leistungen wertschätzen. Daher bieten wir ihnen die Perspektive der Weiterentwicklung im Beruf. Für bereits tätige Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher im mittleren Dienst sowie weiteren Bewerberinnen und Bewerbern aus der Justiz sind Möglichkeiten für die Qualifizierung für den gehobenen Dienst und faire Übergangsregelungen zu schaffen:

- **Anrechnung von Dienstzeiten** zur Verkürzung der Studienzeit.
- **Durchlässige Qualifikationswege** für den Aufstieg in den gehobenen Dienst.
- **Berufsbegleitende Studienmodelle** zur Vereinbarkeit von Beruf und Weiterbildung.

Damit gehen wir über die Modelle anderer Bundesländer (z.B. Baden-Württemberg) hinaus und schaffen Bedingungen, die den Karriereweg im Gerichtsvollzieherwesen attraktiv und nachhaltig gestalten.

#### 4. Umsetzung und Finanzierung

Die CDU-Fraktion schlägt vor, die Umsetzung des neuen Studienmodells ab dem Jahr 2030 zu beginnen. Hierfür ist ein abgestimmter Finanzierungs- und Zeitplan zu entwickeln, der folgende Aspekte berücksichtigt:

- Einrichtung und Akkreditierung des Studiengangs.
- Bereitstellung von Haushaltsmitteln für Studienplätze, Lehrpersonal und Praxispartner.
- Förderung von Pilotprojekten in Kooperation mit interessierten Bundesländern, wie beispielsweise Brandenburg.

#### 5. Erfolge für eine effektive und moderne Zwangsvollstreckung

Die Akademisierung des Gerichtsvollzieherdienstes ist ein notwendiger Schritt zur Sicherung der Qualität, Professionalität und Zukunftsfähigkeit dieses systemrelevanten Berufsstandes. Sie stärkt das Vertrauen in den Rechtsstaat, erhöht die Attraktivität des Berufsbildes und schafft neue Karriereperspektiven.

## **CDU-Fraktion Berlin**

Preußischer Landtag | 10111 Berlin

-  Telefon: (030) 23 25 21 15
-  Telefax: (030) 23 25 27 65
-  [mail@cdu-fraktion.berlin.de](mailto:mail@cdu-fraktion.berlin.de)
-  [www.cdu-fraktion.berlin.de](http://www.cdu-fraktion.berlin.de)